

# Landtagswahl in Brandenburg am 22.09.2024

## Was die Parteien zu Hochschule und Forschung sagen

Die meisten Parteien, die in Brandenburg zur Landtagswahl antreten, bieten an, sog. Wahlprüfsteine einzureichen, d.h. Fragen, deren Beantwortung darüber Aufschluss geben soll, welche politische Richtung die jeweilige Partei in der nächsten Legislaturperiode einschlagen will.

Die Landesfachgruppe Hochschule und Forschung hat die Gelegenheit wahrgenommen und 9 Fragen zur Wissenschaftspolitik gestellt. Die Antworten der Parteien sind auf der Webseite der Landesfachgruppe veröffentlicht.

<https://www.gew-brandenburg.de/hochschule-forschung/landesfachgruppe-huf/>

### Teil 3: Zur Weiterführung des Dialogprozesses

#### Der Fragehintergrund

Der Dialogprozess 'Gute Arbeit in der Wissenschaft', an dem von 2020-23 das MWFK, Hochschulleitungen, Gewerkschaften, Studierenden- und Personalvertretungen beteiligt waren, etablierte sich als landesweites Forum der hochschulpolitischen Meinungsbildung, das eine Reihe von Vorschlägen erarbeitete, die in die Novellierung des BbgHG und LPersVG einfließen, die Verpflichtungserklärung des Landes zum Zukunftsvertrag 'Studium und Lehre stärken' präziserte und für die Überarbeitung der Lehrverpflichtungsverordnung (LehrVV) genutzt werden sollten. Die Diskussion zur Höhe des Lehrdeputats einerseits, zum Aufwand für die die Lehre begleitenden Betreuungs- und Beratungstätigkeiten andererseits wurde im Dialogprozess nicht zu einem Abschluss geführt. Der Begleitbeschluss des Landtages (Drs.7/9401-B) erteilte nun der Landesregierung den Auftrag, die Überarbeitung der LehrVV in Angriff zu nehmen.

Mehrheitlich erfuhr der Prozess bei den Beteiligten eine positive Bewertung, so dass vom MWFK eine Weiterführung in abgeänderter Form in Aussicht gestellt wurde. Ob die Position des Ministeriums auch noch über die Landtagswahl hinaus Bestand hat, wird maßgeblich dadurch bestimmt werden, wer nach der Wahl die Leitung des Hauses übernimmt und welche Haltung die Fraktionen des neugewählten Landtags einnehmen werden.

---

#### Unsere Fragen

(5) *Wird sich \_\_\_ dafür einsetzen, den Dialogprozess 'Gute Arbeit in der Wissenschaft' in der neuen Wahlperiode weiterzuführen und welche Ziele und Formate werden hierfür angestrebt?*

(8) *Wie und mit welchem Ziel wird sich \_\_\_\_\_ in der kommenden Wahlperiode für die Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Überarbeitung der Lehrverpflichtungsverordnung (Drs.7/9401-B) einsetzen?*

---

## **Die Antworten der Parteien**

Die in der letzten Legislaturperiode im Landtag vertretenen Parteien SPD, CDU, Grüne, Linke und Freie Wähler sprechen sich allesamt für die Fortsetzung des **Dialogprozesses** aus.

Die Vorstellungen von SPD und CDU bleiben relativ unbestimmt im Hinblick auf Ziele und Formen.

Die Grünen hingegen schlagen vor, einen 'Kodex Gute Arbeit' zu formulieren, der das gerade novellierte BbgHG ergänzt und in dem Regelungen getroffen werden u.a. zu Mindestvertragslaufzeiten, zur Dauerstellenquote und zur verfügbaren Arbeitszeit für die Eigenqualifikation.

In gleicher Weise konkrete Vorstellungen werden von den Linken vorgebracht: halbjährliche Zusammenkünfte, Evaluation der Umsetzung der im Dialogprozess getroffenen Vereinbarungen, Vorbereitung der Verhandlungen zu den Hochschulverträgen und landesweiten Rahmenvereinbarungen.

Sowohl die Parteien der Regierungskoalition, die den entsprechenden Beschluss einbrachten (SPD, CDU, Grüne) als auch Linke, Freie Wähler und FDP befürworten die Überarbeitung der **Lehrverpflichtungsverordnung**.

Während die FDP einen grundlegenden Bedarf sieht, den Zeitaufwand, der hinter einem Lehrdeputat steht, neu zu evaluieren, betont die CDU die Notwendigkeit, bei der Bemessung des Lehrdeputats auch Vor- und Nachbereitungszeiten in Betracht zu ziehen.

Die SPD spricht vage davon, die Verordnung an aktuelle Entwicklungen anzupassen und will digitale Lehrformate berücksichtigt sehen.

Grüne und Linke wollen sich dafür einsetzen, statt der 0-24 LVS-Spannweite des Lehrdeputats im akademischen Mittelbau eine sachgerechte Differenzierung vorzunehmen, die sich an der KMK-Vereinbarung von 2003 orientiert. Beide Parteien sprechen sich auch gegen hohe Deputate aus (z.B. mehr als 16 LVS), da diese nur ungenügend die Belastung in anderen Aufgabenbereichen berücksichtigen.

---

***Teil 4 zur Lehrkräftebildung folgt demnächst***

---